

Antrag

der Abgeordneten Jan Ralf Nolte, Rüdiger Lucassen, Gerold Otten, Jens Kestner, Berengar Elsner von Gronow, Stephan Brandner, Marcus Bühl, Siegbert Droese, Peter Felser, Dietmar Friedhoff, Markus Frohnmaier, Kay Gottschalk, Mariana Iris Harder-Kühnel, Lars Herrmann, Dr. Heiko Heßenkemper, Karsten Hilse, Martin Hohmann, Stefan Keuter, Jörn König, Frank Magnitz, Andreas Mrosek, Christoph Neumann, Uwe Schulz, Martinichert, Detlev Spangenberg, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Vorlage eines jährlichen Berichtes über Extremismus und organisierte Kriminalität in der Bundeswehr

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Sowohl Extremisten als auch die organisierte Kriminalität stellen eine zunehmende Bedrohung unserer Gesellschaft dar (vgl. Bundeskriminalamt: Bundeslagebild, organisierte Kriminalität, 2018; vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Verfassungsschutzbericht 2018). Diese Entwicklung erfordert auch von der politischen Ebene einen aufmerksamen Blick auf alle Teile unserer Gesellschaft und damit auch auf die Bundeswehr. Damit unsere Demokratie wirksam geschützt werden kann und um zu verhindern, dass der Ruf der Bundeswehr durch Einzelne Schaden nimmt, müssen die Abgeordneten des Deutschen Bundestages und hier insbesondere die Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages regelmäßig umfassend darüber informiert werden, welche Formen von Extremismus in welchem Ausmaß in der Bundeswehr vorkommen, um schnell die nötigen Entscheidungen treffen zu können. Eine solche Information soll jedoch nicht nur die verschiedenen Formen des Extremismus in den Fokus nehmen, sondern auch über organisierte Kriminalität in und um die Bundeswehr informieren. Da gemäß verschiedener Medienberichte Bestrebungen seitens der organisierten Kriminalität existieren, Behörden zu unterwandern, ist es nötig, auch in diesem Bereich den Blick so frühzeitig wie möglich zu schärfen (vgl. www.focus.de/politik/deutschland/polizei-in-der-kritik-arabische-clans-unterwandern-deutschlandweit-justiz-und-politik_id_7819910.html).

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

dem Verteidigungsausschuss jährlich einen Sachstandsbericht zu den Themen Extremismus und organisierte Kriminalität in und um die Bundeswehr vorzulegen.

Berlin, den 25. Oktober 2019

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

